

Geht Hertens „Softwareschmiede“ das Feuer aus?

nach Murks hoch drei (Welt am Sonntag v. 28. März 2004) erneute Softwareprobleme

Pressespiegel: Pro-Herten, Stand:09.12.11 (JJ)



Inhalt

Müssen sich die Hartz-IV-Empfänger im KreisRecklinghouse Sorgen machen?	2
Datensätze verschwinden ganz einfach	2
Software-Probleme behindern den Start ins kommunale Hartz-IV-Zeitalter	2
Hunderte von Überstunden	3
Schon im Juni Ärger um die Software	3
Stichwort: Optionskommune	3
Auf ein Wort	3
Das Pfeifen im Walde	3
Welche Farbe zeigt die Ampel wirklich?	4
Aus der Vergangenheit.....	4
Hartz IV-Software: 28 Millionen Euro Schaden	4
Murks hoch drei	6
Die Bundesagentur für Arbeit steht vor dem nächsten Debakel. Das Arbeitslosengeld II dürfte kaum rechtzeitig fertig werden. Schuld ist die Politik.....	6

Müssen sich die Hartz-IV-Empfänger im KreisRecklinghause Sorgen machen?

Datensätze verschwinden ganz einfach

Software-Probleme behindern den Start ins kommunale Hartz-IV-Zeitalter

VON MICHAEL WALLKÖTTER

KREIS RE. Computer- und Softwareprobleme behindern den Start ins kommunale Hartz-IV-Zeitalter. Die Stimmung in den Jobcentern ist auf dem Tiefpunkt.

Am 1. Januar 2012 übernehmen der Kreis Recklinghausen und seine Städte das Hartz-IV- Geschäft. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Es gibt Mitarbeiter des Jobcenters, die für das kommende Jahr ein Fiasko voraussagen, andere reden von Schwierigkeiten, wie sie bei der Einführung neuer Computerprogramme üblich seien. Auch auf der Personalversammlung des Jobcenters in dieser Woche war der Ärger über die hindernisreiche Datenverarbeitung ein zentrales Thema.

Die Offiziellen hingegen sehen überhaupt keine Probleme. Zumindest sagen sie das. Landrat Cay Süberkrüb, Chef der Kreisverwaltung, die ab Januar 2012 rechtlicher Träger des Jobcenters Kreis Recklinghausen ist, spricht von „Gerüchten“ und „Vermutungen“. „Es gibt nichts, was mich irritieren würde“, betont er. Jürgen Ritzka, Geschäftsführer des Jobcenters: „Bei uns herrscht vollkommen normaler Betrieb. die Hertener Prosoz GmbH, die die neue Software geliefert hat, zitiert ihren Geschäftsführer Horst Stoffner in einer Mitteilung mit den Worten: „Aus unserer Sicht verläuft das Projekt planmäßig.“

Nach Informationen unserer Zeitung ist die Lage alles andere als entspannt: Das Computersystem ist instabil, immer wieder kommt es zu Ausfällen, ganze Datensätze verschwinden im elektronischen Nirwana. Eine Krisensitzung folgt der anderen.

Die 850 Beschäftigten der Jobcenter-Bezirksstellen arbeiten mit Hochdruck daran, die Daten für den Start am 1. Januar 2012 in das neue System einzupflegen. Weil es aus Sicherheitsgründen keine Schnittstelle mit der Bundesagentur für Arbeit gibt, muss' das alles per Hand erfolgen. Fehler bei der Eingabe sind programmiert. Datensätze von 35 000 Bedarfsgemeinschaften gilt es zu übertragen, pro Fall müsse mit einer halben bis zu einer ganzen Stunde gerechnet werden, heißt es.

Im Oktober ist mit dieser Mammutaufgabe begonnen worden. Da die Daten-Migration zusätzlich zur eigentlichen Arbeit - der Betreuung und Vermittlung von Hartz- IV-Empfängern - erledigt werden muss, fallen in den Jobcentern Hunderte von Überstunden an. Auch an Wochenenden. In den meisten Bezirksstellen sind die Öffnungszeiten sogar schon eingeschränkt worden.

Im Moment kann man nur spekulieren, ob und inwieweit die Computerprobleme die Arbeit im nächsten Jahr behindern. Die Hartz-IV-Zahlung für den Januar ist jedoch auf keinen Fall gefährdet, weil sie nach dem alten System noch komplett von der Bundesagentur abgewickelt wird. Die BA hat dem Kreis - gegen ein Honorar von 80 000 Euro - zugesagt, die Auszahlung der Leistungen auch in den ersten sechs Monaten des nächsten Jahres fortzusetzen. Doch sobald ein Fall von den Jobcenter-Mitarbeitern angefasst wird, zum Beispiel weil eine Änderung vorgenommen werden muss, fällt die

Verantwortung für die pünktliche Geldüberweisung in diesem Moment an das Jobcenter. Insider gehen davon aus, dass dies wöchentlich auf Hunderte von Fällen zutrifft.

Neben den Angaben zum Leistungsbezug gilt es jedoch, auch die Bewerberdatensätze in das neue EDV-System zu integrieren. In diesem Dokument ist die ganze Historie des einzelnen Hartz-IV-Empfängers niedergelegt: Welche Maßnahmen er durchlaufen hat oder wo seine Stärken und Problemfelder sind. „Wie will man den Arbeitslosen helfen, wenn solche Datensätze einfach verschwinden?“, so ein Jobcenter-Mitarbeiter.

Hunderte von Überstunden

Schon im Juni Ärger um die Software

Schon im Juni dieses Jahres gab es Ärger um die neue Hartz-IV-Software. In nichtöffentlicher Sitzung erteilte der Kreisausschuss dem Hertener Software-Entwickler Prosoz den Zuschlag. Die Abstimmung fiel mit neun zu acht Stimmen denkbar knapp aus. Von allen Fraktionen war die Sitzungsvorlage der Kreisverwaltung als „völlig intransparent“ kritisiert worden. Warum Prosoz den Zuschlag für den Millionenauftrag bekommen sollte - es waren noch drei weitere Anbieter im Rennen -, blieb unklar. SPD, Grüne und FDP sagten am Ende ja zum Vorschlag der Kreisverwaltung. CDU, Unabhängige Bürgerpartei (UBP) und Die Linke verweigerten wegen der fehlenden Information die Zustimmung. Den Ausschlag gab die Stimme des Landrats. Pikant: Cay Süberkrüb (SPD) war von 2000 bis 2004 nebenamtlicher Prosoz- Geschäftsführer. Prosoz, Tochterunternehmen der Stadt Herten, bezeichnet sich selbst als „Marktführer für kommunale IT“. 37 von 69 Optionskommunen in Deutschland (das sind Städte und Kreise, die das Hartz-IV-Geschäft ohne Beteiligung der Arbeitsagentur betreiben) arbeiten bereits mit Software aus Herten.

Stichwort: Optionskommune

◆ Zum 1. Januar 2012 steigt der Kreis Recklinghausen bei der Betreuung der rund 70 000 Hartz-IV-Empfänger aus der Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur für Arbeit aus und übernimmt als sogenannte Optionskommune allein die Aufgaben der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II.

◆ Über die Heranziehungssatzung überträgt der Kreis Recklinghausen als zugelassener kommunaler Träger die Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben den kreisangehörigen Städten.

Auf ein Wort

Das Pfeifen im Walde

(mw) Immer wieder wird im Kreishaus behauptet, dass in Sachen Hartz IV alle Ampeln auf Grün stehen. Ist es nur das berühmte Pfeifen im Walde? Die Aussage der Verantwortlichen, dass alles bestens läuft, dürfte zumindest in puncto Software als widerlegt gelten. Doch warum werden diese Schwierigkeiten nicht offiziell eingeräumt? Darf das Bild von einer Kreisverwaltung, die alles im Griff hat, keine Kratzer bekommen?

Welche Farbe zeigt die Ampel wirklich?

In gut drei Wochen, wenn der Kreis und seine Städte die Verantwortung für 70 000 Hartz-IV-Empfänger übernehmen, schlägt die Stunde der Wahrheit. Dann gibt es nichts mehr zu beschönigen. Zugegeben, die kommunale Familie steht vor der wohl größten Herausforderung dieses Jahrzehnts. Dass sie sich an dieser Aufgabe nicht verheben wird, ist vor allem im Sinne der Hilfeempfänger dringend zu wünschen.

Doch mancher Mitarbeiter im Jobcenter erkennt schon längst keine grüne Ampel mehr. Insider erwarten sogar, dass der Einstieg in die Option noch holpriger wird als die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005. Gute Nachrichten hören sich anders an.

Aus der Vergangenheit

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Prosoz-dementiert-Berichte-ueber-Software-Subvention-durch-Stromzahler-Update-180854.html>

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Hartz-IV-Softwarehersteller-ProSoz-vom-Aus-bedroht-157712.html>

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Hartz-IV-Software-Berater-steigern-Software-Kosten-161427.html>

Aus Heise News:

news

02.06.2006 18:59



Hartz IV-Software: 28 Millionen Euro Schaden

Die Bundesregierung schätzt den Schaden, der durch die fehlerhaft von der Firma [T-Systems](#) programmierte Software A2LL bei der Bearbeitung des Arbeitslosengeld II (ALG II) entstanden ist, auf 28 Millionen Euro. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Politikerin Brigitte Pothmer hervor, die der Redaktion vorliegt. In der veranschlagten Schadenssumme sind nicht die [zuviel gezahlten Beträge](#) enthalten, die durch einen Softwarefehler von der Bundesagentur für Arbeit ([BA](#)) an die Krankenkassen überwiesen wurden.

Der Schadenssumme steht eine vertragliche Schadensersatzbegrenzung auf [5 Millionen Euro](#) gegenüber. Dazu heißt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage: "Der mit den Verdingungsunterlagen versandte ursprüngliche Vertragsentwurf der BA sah keine Haftungsbegrenzung für Schadensersatzansprüche wegen Mängeln vor. Im Rahmen der Vertragsverhandlungen erklärte sich der einzige verbleibende Bieter T-Systems zu einem Vertragsabschluss mit unbegrenzter Haftung jedoch nicht bereit, weil dies nicht marktüblich sei."

Ausgehend von einem geschätzten Gesamtvolumen von 50 Millionen Euro wurde daraufhin die Vertragsstrafe auf 5 Millionen Euro beschränkt. Der Kleinen Anfrage zufolge erhielt T-Systems bislang brutto 15.691.760 Euro für die webbasierte Software A2LL sowie 32.738.448 Euro für den Betrieb des A2LL-Helpdesk. Für zwischenzeitlich in Auftrag gegebene Change Requests beläuft sich die Rechnung auf 224.408 Euro, von denen die

Bundesagentur jedoch nur 144.608 Euro bezahlt hat, weil T-Systems die Aufträge fehlerhaft bearbeitete. BA und Bundesregierung gehen davon aus, dass die Software zum nächsten Release-Wechsel am 1. Juli fehlerfrei arbeiten werde, heißt es in dem Dokument, das auch folgende Passage enthält: "Eine Abnahme der geschuldeten Werkleistung 'Software A2LL' ist angesichts fehlender Funktionalitäten sowie gravierender Mängel noch nicht erfolgt." Die Software sollte laut Vertrag am 1. April 2004 fertiggestellt sein.

Derzeit arbeite A2LL mit 82 Umgehungslösungen, größtenteils kleinen Programmen, die Fehler der webbasierten Software ausbügeln. Das sei ein Fortschritt gegenüber ursprünglich gezählten 146 Umgehungslösungen. "Allerdings können die Umgehungslösungen nicht kontinuierlich reduziert werden, sondern es kommen auch neue hinzu." Beispielhaft nennt die Bundesregierung die zum 1. Oktober 2005 beschlossene neue Freibetragsregelung, mit der A2LL nicht klar kommt. Die entwickelte Umgehungslösung koste den Sachbearbeiter pro Einzelfall 10 Minuten. Auf die Anfrage der Grünen-Politikerin, ob Alternativen zu A2LL gesucht werden, heißt es in der Antwort:

"Die BA als Verantwortliche prüft derzeit drei Lösungsmöglichkeiten, mit denen die jetzige Software-Basis abgelöst und durch ein fachlich und technisch dauerhaft tragfähiges und entwicklungsfähiges IT-Verfahren ersetzt werden kann. Eine Mischform zwischen diesen Alternativen wurde aus Kosten- und Zeitgründen ausgeschlossen."

- Alternative 1: Portierung des IT-Verfahrens A2LL-Basis in die Zielarchitektur der Bundesagentur für Arbeit als Stufe 3 des Vertrages zwischen der Bundesagentur für Arbeit und T-Systems (A2LL-Standard).
- Alternative 2: Neuausschreibung eines zentralen IT-Verfahrens.
- Alternative 3: Neuausschreibung einer Zertifizierungslösung mit dezentralen IT-Verfahren in den ARGen und einem zentralen IT-Verfahren für Datenabgleich (taggenauer Personenabgleich), Datenbereitstellung und Controlling.

Über die Kosten dieser Alternativen könne man keine Angaben machen. Nach Einschätzung der Bundesregierung würden etwaige Alternativlösungen zu A2LL frühestens in zweieinhalb Jahren zur Verfügung stehen. Die von den Optionskommunen benutzte Software verschiedener Anbieter wird sehr skeptisch beurteilt. Bundesregierung wie Bundesagentur lehnten es derzeit ab, dass die ARGen A2LL absetzen und mit einer Software wie die der Optionskommunen arbeiten, heißt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage.

Zur Hartz-IV-Software A2LL siehe auch:

- [Datenschützer kritisieren Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz](#)
- [Neue Anpassungen für A2LL](#)
- [Hartz IV-Software: IT-Inkompetenz hat auch Vorteile](#)
- [Hartz-IV-Software: Mängel beim Datenschutz](#)
- [Alternativen zu A2LL gefordert](#)
- [Neue Regeln, alte Probleme](#)
- [Einmal A2LL, immer A2LL](#)
- [Alternative von Lämmerzahl und Fujitsu-Siemens](#)
- [Die nächste Version steht an](#)
- [A2LL wird ständig weiterentwickelt](#)
- [Falsche Storno-Meldungen an Krankenkassen durch Fehler in Hartz-IV-Software](#)
- [Probleme mit Einmalzahlungen](#)
- [Verzögerungen bei A2LL bestätigt](#)
- [Bundesagentur verteidigt Arbeitslosenstatistik](#)

- [Berater steigern Software-Kosten](#)
- [Arbeitsagentur will fünf Millionen Euro von T-Systems](#)
- [Hartz IV-Softwarehersteller ProSoz vom Aus bedroht](#)
- [Sicherheitsüberprüfungen nicht nur bei A2LL-Spezialisten](#)
- [Sicherheitszone Arbeitsamt in Telepolis](#)
- [Widersprüche bisher größtenteils berechtigt](#)
- [Ein Feature, kein Fehler](#)
- [Weitere Pannen](#)
- [GAU bei der Arbeitslosengeld-II-Zahlung](#)
- [Großprojekt gestemmt](#)
- [Datenschützer: Mangelhafter Datenschutz bei Hartz IV](#)
- [Warten auf den nächsten Meilenstein](#)
- [Der Kulanzweg ist offen](#)
- [Stabile Erfassung, fragiler Druck](#)
- [Deutliche Stabilisierung erwartet](#)
- [Angeschmorte Anträge](#)
- [A2II loggt aus](#)
- [Bug oder Feature?](#)
- [Erste Bescheide verschickt](#)
- [Wirtschaftsministerium sichert mehr Datenschutz beim Arbeitslosengeld II zu](#)
- [Big Brother Awards: Die Stimme der Stimmlosen](#)
- [2. Stufe gezündet](#)
- [Das Baby strampelt](#)
- [Reibungsloser Start in prekärem Zustand?](#)
- [Einschränkungen bei der Erfassung](#)
- [Nur noch 20 Fehler](#)
- [Die Alternativen](#)
- [Hartz IV-Software kommt nicht termingerecht](#)

(Detlef Borchers) / (pmz/c't)

WELT^{am}SONNTAG

Murks hoch drei

Die Bundesagentur für Arbeit steht vor dem nächsten Debakel. Das Arbeitslosengeld II dürfte kaum rechtzeitig fertig werden. Schuld ist die Politik

von Sonja Banze

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) glaubt noch an die Sache. "Das Gesetz tritt auf jeden Fall in Kraft. Es wird kein Chaos und kein Desaster entstehen", verkündete er Donnerstag in Berlin.

Ein Sprung für die Galerie, wie der Torwart beim Elfmeter, denn auch Clement weiß: Außer ihm glaubt keiner mehr, dass Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie im Gesetz vorgesehen pünktlich am 1. Januar 2005 zusammengelegt werden zum Arbeitslosengeld II, kurz ALG II.

Und vor allem: Außer ihm will das auch keiner mehr so recht, zumindest nicht in der bis jetzt angepeilten Form.

Von "geringen Chancen" spricht man bei der Union, Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nennt es "Desaster", DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer eine "nicht zu ertragende Unsicherheit", die Kommunen warnen vor einem "Debakel wie bei der Maut" und aus der Bundesagentur für Arbeit (BA) kommen immer deutlichere Signale, der Termin könnte schon aus IT-technischen Gründen nicht zu halten sein.

"Ja, das kriegen wir schon hin", hatte BA-Chef Frank-Jürgen Weise unlängst die Bundestagsabgeordneten noch beruhigt. Weise muss das sagen, allein schon aus Loyalität gegenüber Clement. Und spätestens als der BA-Chef erklärte, "notfalls" werde man das ALG II eben mit dem alten IT-System auszahlen, hätten die Abgeordneten ahnen können: Das wird knapp.

Es geht um ein IT-Projekt gigantischen Ausmaßes, an dem die BA seit Anfang des Jahres sitzt und für das sie noch neun Monate Zeit hat.

Auf den ersten Blick klingt alles einfach. Arbeitslos ist arbeitslos und erwerbsfähig ist erwerbsfähig. Warum also Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger getrennt voneinander verwalten? Derzeit sind zwei Behörden zuständig. Die rund 1,7 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe bekommen ihre aus Bundesmitteln bezahlte Stütze vom Arbeitsamt. Die eine Million der Erwerbsfähigen unter den 2,8 Millionen Sozialhilfeempfängern steht auf der Payroll der Sozialämter der Kommunen.

Schluss damit, forderte Peter Hartz, Retter a. D. des deutschen Arbeitsmarktes und heute wieder Nur-noch-VW-Personalchef. Schluss damit, sagten SPD und Union vergangenen Dezember im Vermittlungsausschuss. Beide Gruppen, so das unter dem Kürzel Hartz IV verabschiedete Gesetz, sollen ab 2005 gleich viel Geld erhalten, in der Höhe irgendwo zwischen Arbeitslosen- und Sozialhilfe angesiedelt, und beide sollen von der gleichen, neu zu schaffenden Dienststelle namens Job-Center betreut werden. Weniger Bürokratie, zielgenaue Beratung - 230 000 Arbeitslose, so rechnete Hartz, könnten so in Jobs vermittelt werden.

230 000 Arbeitslose weniger? Daraus wird wohl vorerst nichts, und das aus drei Gründen. Hartz IV - Murks hoch drei.

Zum einen ist der Zeitplan, den die Politik für die Einführung des ALG II vorgegeben hat, eng, die Entwicklung und Einführung der neuen ALG-II-Verwaltungssoftware gestaltet sich schwierig. 2,7 Millionen Menschen sind es, für die ab 1. Januar das ALG II berechnet und ausgezahlt werden muss. 2,7 Millionen Datensätze, die per Hand in die neue Datenbank eingegeben werden müssen. 180 Arbeitsämter mit rund 800 Dienststellen sowie 440 Sozialhilfeträger müssen angeschlossen werden, insgesamt an die 70 000 Sachbearbeiter.

Die Technik: völlig neu und beispiellos. Die jetzigen Systeme laufen allesamt über Server und sind auf maximal 500 Arbeitsplätze ausgerichtet. Für die BA wird jetzt ein rein Internet-basiertes System aufgebaut, zudem auf Basis der Software Open-Prosoz, die derzeit nur in weniger als zehn Kommunen im Einsatz ist. Die Kosten: 72 Millionen Euro. Das Konzept: noch nicht vorhanden.

Das beauftragte Konsortium aus Telekom-Tochter T-System, die auch schon an dem Projekt Maut beteiligt war, und dem Sozialhilfesoftware-Spezialisten Prosoz legte vor wenigen

Wochen einen ersten Entwurf vor, der von den Nürnbergern als "unzulänglich" abgelehnt wurde. Bis Mitte April muss jetzt nachgebessert werden.

In der Branche runzelt man die Stirn über eine erste Version der ALG-II-Software, die der Konsortiumspartner Prosoz vergangene Woche auf der Cebit präsentierte. Zu sehen waren ein paar Entwürfe für Web-Seiten, aber: Es konnte noch nicht mal ein Name in die Felder eingegeben werden. Ein schlechtes Zeichen: "Wenn da nicht mehr gezeigt wird, dann ist da auch nicht mehr", so ein Software-Entwickler. Wollte man rechtzeitig fertig sein, dann müsste jetzt schon deutlich mehr von dem System stehen.

Bei der BA hat man vorsorglich schon mal Notfallpläne entwickelt. ALG-II-Projektleiter Kay Senius: "Wir haben unterschiedliche Fallback-Szenarien entwickelt. Es ist auf jeden Fall gewährleistet, dass die Gelder ausgezahlt werden können." Eines dieser Szenarien könnte sein: Die ALG-II-Beträge müssten mit dem Taschenrechner ausgerechnet und dann mithilfe der alten Systeme ausgezahlt werden. Rückschritt statt Fortschritt.

Ein neues IT-Debakel nach dem Fehlstart der Online-Jobbörse - das wäre das Letzte, was die BA jetzt gebrauchen kann. Doch Rettung naht, und das ausgerechnet von der Seite, die für die IT-Probleme mitverantwortlich ist, von Seiten der Politik.

Denn die - Murks Nummer zwei - verrechnete sich zunächst mal gründlich. 2,5 Milliarden Euro sollten sie durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sparen. So das Versprechen des Kanzlers im Vermittlungsausschuss. Doch als die Bürgermeister am Morgen danach nachrechneten, kamen sie auf das genaue Gegenteil: 2,5 Milliarden Euro Mehrbelastung. "Da wurden wohl Plus und Minus verwechselt", sagt Uwe Lübking, Beigeordneter im Deutschen Städte- und Gemeindebund. "Die Regierung hat mit völlig veralteten Zahlen gearbeitet." Jetzt muss noch mal gerechnet werden. Das endgültige Ergebnis: nicht vor Mai.

Vor allem aber - Murks Nummer drei - wurde im Vermittlungsausschuss aus der einfachen Hartz-Idee ein kompliziertes Gebilde namens Optionsmodell gemacht. Die Regierung wollte die BA für die ALG-II-Empfänger zuständig machen, die Union wollte das Ganze den Kommunen zuschustern. Der Kompromiss: Die Kommunen dürfen wählen, ob sie selbst die Job-Center leiten, ob sie mit dem örtlichen Arbeitsamt eine Arbeitsgemeinschaft bilden oder ob sie die Sache ganz der BA überlassen.

Doch jetzt können sich die Parteien nicht einigen, wie die Kooperation zwischen Kommunen und Arbeitsverwaltung genau geregelt werden soll und wie die Gelder fließen. Am Freitag legte Clement einen neuen Gesetzentwurf vor, den die Union auch wieder ablehnte.

Ergebnis: Die Kommunen haben noch immer keine Grundlage, auf der sie entscheiden können, und entsprechend schlecht lässt sich das IT-System festzurren. Bleibt Clement auf Kurs, dann wird bei einem Scheitern der Verhandlungen am Ende die BA automatisch allein für alle ALG-II-Empfänger zuständig sein.

Doch das wiederum wollen weder Union noch Arbeitgeber und Gewerkschaften, weil sie eine Überfrachtung der Arbeitsämter und eine Behinderung des Reformprozesses befürchten. Peter Clever, für die Arbeitgeberseite alternierender Verwaltungsrats-Chef der BA: "Man sollte noch mal in Ruhe darüber nachdenken und verhandeln." Er fordert eine Verschiebung des Starttermins: "Die Sache ist zu ernst, als dass man einfach mal guckt, ob es gut geht und sich auf sein Glück verlässt."

Artikel erschienen am 28. März 2004
